



Nachrichten

von der

Tschernobyl-Initiative in der Propstei Schöppenstedt e.V.



Ausgabe Nr. 9

Januar 2007 (1)

Mittlungsblatt für Mitglieder und Freunde des Vereins

Humanitäre Hilfe...

...auf dem Prüfstand.

Vor einiger Zeit erhielten wir ein Schreiben einer Tschernobyl-Initiative, die uns im Internet gefunden hat. Diese Initiative schrieb:

Seit nunmehr 11 Jahren veranstalten wir jährlich einen Hilfstransport in die Umgebung von Retschiza. Etwas länger, genauer seit 1993 laden wir jedes Jahr ungefähr 40 Kinder aus dieser Umgebung im Sommer 4 Wochen zu uns ein. In diesen Jahren haben sich sehr viele Verbindungen aufgebaut. Leider müssen wir jedoch in den letzten 3 Jahren feststellen, dass insbesondere der Hilfstransport immer größere Probleme bereitet. Unzählige Formalitäten, willkürliche Zollbeamte, die scheinbar jede Vorschrift ganz genau in die Tat umsetzen. Es wird einem unheimlich schwer gemacht Kontakt zu den Menschen dort aufzunehmen. In den ersten Jahren unserer Transporte sind wir mit Pferdewagen durch die kleinen Dörfer gefahren, und haben unsere Hilfsmittel direkt an die Leute verteilen dürfen. Dies ist heute mehr oder weniger undenkbar... ...habt Ihr ähnliche Problem?



Solche, oder ähnliche Schreiben oder Gespräche sind uns nicht fremd, zumal wir in der Tat schon sehr früh unsere humanitäre Hilfe umgestellt haben von selbst durchgeführten und begleiteten Hilfskonvois mit persönlicher Spendenübergabe auf Transport durch (früher) Selbstabholung und (später und jetzt) durch die Beauftragung einer belarussischen Speditionsfirma.

Die ersten Hilfstransporte die wir als Schöppenstedter Initiative durchgeführt haben, waren vergleichsweise kleine Transporte (VW-Bus mit Anhänger). Damals ging es aber auch in erster Linie um Informationsbesuche und Kontaktaufnahme – und da war der Hilfstransport zum einen das Personen-Transportmittel und zum anderen die Geste, dass wir nicht nur zum Reden

und zum Schauen gekommen sind, sondern dass wir ernsthafte Absichten haben. Neben einigen Adresspaketen, z.B. für die Kinder, die zuvor bei uns zur Erholung waren oder für die Mitglieder des Chor Cantus, die bei uns zu Gast waren, haben wir auch schon bei den ersten Besuchen/Transporten die humanitäre Hilfe hauptsächlich einer Organisation übergeben. Von hier aus wurden dann die Spenden nach Absprache und nach eigenen Kriterien von der Organisation selbst verteilt.

Trotzdem haben auch wir die Erfahrung gemacht, dass die humanitäre Hilfe schwieriger geworden ist, dass manche Zollbeamte aber auch gar nichts von einer Freude darüber, dass den Landsleuten geholfen wird, erkennen lassen. Wir müssen uns mit der humanitären Hilfe, was die Zollabfertigung und ähnliches angeht mehr und mehr an offizielle Standards gewöhnen und können nicht mehr auf den humanitären Bonus hoffen. Dies stellt uns vor einige Probleme, denn wir sind (immer noch) Laien auf dem Gebiet des Speditionsgeschäftes. Weitere Probleme ergeben sich für uns durch die stetig steigenden Transportkosten. Fast hat man den Eindruck, dass auch die Preissteigerung der Speditionen politisch gewollt ist, denn der belarussische Staat befindet sich in einer Zwickmühle. Zum Einen braucht er die Hilfe, zum Anderen schadet die Hilfe dem Ansehen des Landes im Vergleich zu anderen Ländern und bei der Absicht, sich der EU zu nähern.

Diese Situation und die Tatsache, dass das Sachspendenaufkommen stetig steigt und die Geldspenden eher zurückgehen, war Anlass um im Vorstand, ernsthaft über die Zukunft unserer humanitären Hilfe zu diskutieren. Die Fragen die uns beschäftigten, waren: Ist die humanitäre Hilfe 20 Jahre nach der Katastrophe noch notwendig? Wenn ja, was wird konkret gebraucht? Was darf eingeführt werden? Was müssen wir ändern, um standardisierte Transporte durchführen zu können? Erste Überlegungen wurden angestellt und konkrete Maßnahmen sind angedacht (siehe letzte Seite).

Paul Koch,
Vorsitzender

Irene Koch
Geschäftsführerin

Humanitäre Hilfe 20 Jahre nach Tschernobyl

Dr. Astrid Sahn

(Auszug / Vorabdruck aus dem digitalen Buch „Völkerverständigung und Freundschaft am Beispiel Deutschland/Belarus“ [März 2007])

20 Jahre nach der Reaktorexpllosion im AKW Tschernobyl engagieren sich noch immer mehrere hundert Initiativen in Deutschland, um den Betroffenen in den verstrahlten Regionen von Belarus, der Ukraine und Russland Hilfe zu leisten. Bis heute erhält Belarus, das am stärksten vom nuklearen Fallout betroffene Land, aus Deutschland mehr humanitäre Hilfe als aus jedem anderen Land. Die Arbeit der Initiativen erfolgt jedoch unter zunehmend ungünstigen Rahmenbedingungen: Angesichts zahlreicher internationaler Krisen und Katastrophen, wie dem Irak-Krieg oder dem Tsunami auf den Philippinen, können sie immer weniger mit der Spendenbereitschaft und Unterstützung ihrer Mitbürger rechnen. Denn diese Ereignisse fordern auf den ersten Blick wesentlich mehr Opfer als die langfristige Wirkung permanenter radioaktiver Niedrigstrahlung. Folgt man den Einschätzungen des von der Internationalen Atomenergiebehörde geleiteten internationalen Tschernobyl-Forums ist heute in den infolge von Tschernobyl belasteten Regionen ein weitgehend normales Leben möglich. Welchen Sinn macht dann noch die Fortsetzung der humanitären Hilfe, zumal ihre Durchführung aufgrund der unzähligen bürokratischen Regeln der Behörden vor Ort für viele Initiativen zu einem kaum noch leistbaren Kraftakt wird?



Auf diese Frage lassen sich unterschiedliche Antworten finden. So sind die realen Folgen der Tschernobyl-Katastrophe bei weitem nicht so eindeutig, wie die Ergebnisse des Internationalen Tschernobyl-Forums glauben machen. Die Folgenbewertung ist vielmehr Gegenstand kontroverser Debatten, wobei die jeweiligen Posi-

tionen häufig von der Einstellung der Beteiligten zur zivilen Nutzung der Atomenergie abhängig sind. Fakt ist in jedem Fall, dass Tschernobyl nur einer von vielen Faktoren ist, die auf die Gesundheit der Menschen in den verstrahlten Regionen einwirken. Ebenso klar ist, dass hinsichtlich des Zusammenwirkens von permanenter Niedrigstrahlung und anderen Gesundheitsrisiken noch erheblicher Forschungsbedarf besteht – insbesondere im Hinblick auf genetische Veränderungen und ihre Konsequenzen für die nachfolgenden Generationen. Die Fortsetzung der humanitären Tschernobyl-Hilfe privater Initiativen ist in diesem Sinne auch ein Akt gegen das Vergessen und Verdrängen, der gleichzeitig die Erinnerung an die grundsätzliche Wiederholbarkeit der Katastrophe wach hält, solange weltweit noch Atomkraftwerke in Betrieb sind.

Tschernobyl ist allerdings nicht nur eine Katastrophe im medizinischen Sinne, sondern hat vielfältige politische, soziale und wirtschaftliche Dimensionen. Bis heute werden etwa fünf Prozent des belarussischen Staatshaushalts für Maßnahmen zur Minderung der Katastrophenfolgen verwendet – eine erhebliche Belastung für ein Land, das nach der Auflösung der Sowjetunion in den 1990er Jahren einen eigenen Staat aufzubauen und eine schwere Wirtschaftskrise zu bewältigen hatte. Gleichwohl gehören die Tschernobyl-Regionen bis heute zu den depressivsten Gegenden des Landes, da die gebildeten und jüngeren Menschen überwiegend die Chance der Umsiedlung genutzt haben und jahrelang keine wirtschaftlichen Investitionen erfolgt sind. Insofern an diesen Orten jedoch langfristig Menschen leben werden, ist der Ansatz der UNO und der Regierungen in den betroffenen Ländern, ein Programm zur „Rehabilitation“ der kontaminierten Regionen zu entwickeln und umzusetzen, durchaus sinnvoll – vorausgesetzt, dass die Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort ausschließlich der Risikominderung, nicht aber der Risikoverharmlosung dient. Humanitäre Hilfe privater Initiativen kann einen wichtigen Beitrag leisten, um den Menschen in den belasteten Regionen neue Zukunftsperspektiven zu geben, zumal die privaten Initiativen die Betroffenen in der Regel als aktive Beteiligte in die Hilfsmaßnahmen einbeziehen und damit aus ihrem Opferstatus befreien helfen. Häufig wird daher inzwischen von humanitärer Zusammenarbeit oder Partnerschaft anstatt von humanitärer Hilfe gesprochen. Die Initiativen machen damit ihren Anspruch gelten, durch ihr Tschernobylengagement auch einen Beitrag zur Entwicklung der Zivilgesellschaft zu leisten.

Tschernobyl-Hilfe ist folglich deutlich mehr als die materielle Unterstützung der Betroffenen. Ihr Lebenselixier ist die Begegnung aller Beteiligten. So ist die belarussische Gastfreundschaft für viele Deutsche ein zentrales Motiv, um immer wieder die mit humanitären Hilfstransporten verbundenen Mühen auf sich zu nehmen. Um-



gekehrt lernen jährlich etwa 10.000 Kinder im Rahmen von Erholungsaufenthalten Deutschland kennen. Die alljährlichen Partnerschaftskonferenzen des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks in Dortmund, an denen in den letzten Jahren jeweils 200 Menschen aus Belarus und Deutschland teilgenommen haben, sind ein deutlicher Ausdruck dafür, wie eng und intensiv inzwischen die Beziehungen zwischen den Menschen in beiden Ländern geworden sind. Tschernobyl-Hilfe ist dadurch stets auch ein Engagement für das gemeinsame Haus Europa, da sie eine Erweiterung des geographischen und kulturellen Horizonts ermöglicht. Dabei muss nicht zwangsläufig eine einseitige Orientierung auf das Wohlstandsmodell Deutschland erfolgen, wie es von den Kritikern der Kindererholungsreisen häufig unterstellt wird. Der Effekt dieser Reisen hängt vielmehr davon ab, wie die jeweiligen Gasteltern mit den Kindern umgehen und welchen Einblick in ihr Leben sie den Kindern und den sie begleitenden Erwachsenen ermöglichen. Insofern geht es nicht um eine Entscheidung zwischen Erholung im Ausland oder vor Ort, sondern um die Umsetzung von Erholungskonzepten, welche die Kinder motivieren, aktive Bürger ihres eigenen Landes als Teil Europas zu werden. Pädagogische und psychologische Komponenten sollten daher in diesen Konzepten eine besondere Rolle spielen....

.... Eine Abkehr von den klassischen Formen der humanitären Hilfe wird allerdings kaum erfolgen, solange insbesondere in den ländlichen Regionen von Belarus zahlreiche Menschen in Armut leben. Zudem ist das Sammeln humanitärer Hilfe für kleine Initiativen ein leistbares Engagement, während sie größere strukturelle Projekte überfordern würden. Dies lässt sich auch an der Antragsentwicklung beim Förderprogramm Belarus erkennen, das 2002 erstmals von der

deutschen Bundesregierung in Reaktion auf Vorschläge der deutsch-belarussischen Partnerschaftsinitiativen aufgelegt wurde. Da dieses Programm über das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit finanziert wird, ist eine Unterstützung von Hilfstransporten oder Kindererholungsaufenthalten nicht möglich. Stattdessen werden nachhaltige Projekte in den Bereichen Bildung, Soziales, Umwelt und Energie sowie Wirtschaft und regionale Entwicklung unterstützt. Mit Hilfe des Förderprogramms konnten bisher interessante Projekte zur erneuerbaren Energienutzung, für neue Beschäftigungsmöglichkeiten von Behinderten, die Freizeitgestaltung von Jugendlichen etc. umgesetzt werden. Allerdings verfügt nur ein kleiner Teil der Tschernobyl-Initiativen über die personellen Kapazitäten und Kompetenzen, um die Auflagen des Förderprogramms erfüllen zu können. Erfreulicherweise hat in der 2005 aufgelegten dritten Phase des Förderprogramms aber die Zahl der Anträge deutlich zugenommen, bei denen die belarussischen Partner als Hauptinitiatoren auftraten. Dies verweist darauf, dass die paternalistischen* Effekte humanitärer Hilfe vermeidbar bzw. überwindbar sind.

Zu den zentralen Problemen der deutschen Tschernobyl-Initiativen gehört neben der rückläufigen öffentlichen Aufmerksamkeit ihre zunehmende Überalterung. Bis heute engagieren sich vor allem diejenigen, welche die Reaktor-katastrophe von 1986 persönlich erlebten und die Aufhebung des Eisernen Vorhangs nach Jahrzehnten der Trennung als besondere Chance empfanden. Hingegen finden sich kaum jüngere Menschen dazu bereit, sich langfristig in den Initiativen zu engagieren. Auch aus diesem Grunde müssen sich die Tschernobyl-Initiativen wandeln. Denn junge Menschen sind vor allem über Freiwilligenprojekte zu gewinnen, die ihnen authentische Einblicke in das Leben von Menschen in anderen Ländern ermöglichen. Auch die belarussischen Behörden haben sich bereits auf diese Form der Zusammenarbeit eingestellt: Seit kurzem sind Freiwilligenprojekte offiziell als begünstigte humanitäre Aktivität anerkannt. Gleichwohl führt der hohe Regulierungsanspruch der belarussischen Behörden dazu, dass sich viele Menschen in Belarus vor einem Engagement in Partnerschaftsprojekten scheuen. Auf beiden Seiten gibt es somit noch erheblichen Handlungsbedarf, um das zivilgesellschaftliche Potential für die Lösung ökologischer, sozialer etc. Probleme im gemeinsamen Haus Europa zu entfalten.

*Als paternalistisch wird eine Handlung bezeichnet, wenn sie gegen den Willen, aber auf das Wohl eines anderen gerichtet ist.

Unsere humanitäre Hilfe 2007

Die Frage an unseren Partner in Belarus, den Verein Hoffnung für die Zukunft, was an humanitärer Hilfe in Zukunft besonders wichtig oder weniger wichtig ist, hat Michail Kaslowski wie folgt beantwortet:

Die bisherigen humanitären Transporte waren sehr effektiv und haben wesentlich den Familienwaisenhäusern und anderen Einrichtungen (Kindergärten, Schulen, bedürftigen Familien) geholfen. Die Hilfsgüter sind intensiv nachgefragt. Es ist wirklich schade, dass Ihr wegen der Verteuerung des Transportes gezwungen seid die Anzahl der Konvois zu verringern...

Auf Grund der gegenwärtigen Situation (wie auf Seite 1 beschrieben) werden wir ab März 2007:

- die Kleiderkammer nur noch freitags von 10-12 Uhr zu Annahme von Sachspenden geöffnet haben. Die Annahme am Dienstagnachmittag muss leider gestrichen werden.
- Wir werden stärker als früher darauf achten, dass die Sachspenden (Kleidung, Schuhe und Spielzeug) in einem guten Zustand und zum sofortigen Gebrauch geeignet sind. Im Zweifel wird großzügig aussortiert.
- Sonderspenden aller Art (Möbel, Computer, Werkzeug) werden per Email-Foto unserem Partner angeboten und erst bei positiver Rückantwort angenommen.
- Medizinische Geräte dürfen nicht älter als 5 Jahre sein. Bei Rollstühlen, Rollatoren und Gehhilfen ist das nicht immer nachprüfbar. Hier gilt, dass sie sauber und in Ordnung sein sollen.
- Medikamente werden ebenfalls erst nach Rücksprache mit dem Partner verschickt. Hier gilt vor allem, dass keine Einzel- oder gar Anbruchpakete verschickt werden. Im Prinzip gehen nur noch Geldspenden von denen in Rücksprache mit dem Partner gezielt Medikamente eingekauft werden – was vom Partner in Belarus mit der dortigen Gesundheitsbehörde abgestimmt sein muss.



Termine 2007

Ab 2. März jeweils 10.00 – 12.00 Uhr / Watzum Kleiderkammer / Sachspenden-Annahme (Annahme nur noch am Freitag)

14. März 19.30 Uhr „Anatevka“ Staatstheater Braunschweig (Anmeldung über uns zum Abbo-Preis – bei Interesse bei uns melden 05332/6226)

20. März 19.00 Jahreshauptversammlung Gemeindehaus Schöppenstedt

21. März Radio Okerwelle (104,6) 20.00 Uhr Thema der Wunschliste mit Wolfgang Altstädt: „Hum. Hilfe der Tschernobyl-Initiative in der Propstei Schöppenstedt e.V.“

März (genauer Termin/Uhrzeit folgt) Vorstellung des digitalen Buches:

Völkerverständigung und Freundschaft am Beispiel Deutschland/Belarus
UNESCO-Projektschule Wolfenbüttel, Ravensburger Str.

6.-10. Juni

Deutscher Evangelischer Kirchentag in Köln. Wie jedes Jahr werden auf dem Kirchentag auch wieder unterschiedliche Tschernobyl-Initiativen vertreten sein. Wir werden dieses Mal nicht aktiv dabei sein.

Vielleicht gelingt es, mit Hilfe von zweckgebundenen Spenden und in Zusammenarbeit mit dem Sozialdiakonischen Dienst der Propstei Schöppenstedt Gemeindeglieder der luth. Gemeinde Witebsk oder auch unsere Partner zum Kirchentag (und zuvor zu uns) einzuladen, um Kontakte zu knüpfen und um Anregungen für die Arbeit zu Hause zu erhalten.

Die Kirchen haben es derzeit in Belarus nicht leicht. Olga Stockmann berichtet zwar vom Fortschritt ihres Neubaus, aber gleichzeitig auch von div. Schwierigkeiten (nicht nur finanzieller Natur). Die luth. Gemeinde in Grodno hat die Auflage erhalten, alle Wände mit feuerhemmender Farbe zu streichen – was möglicher Weise das staatlich kalkulierte „Aus“ der Kirchengemeinde bedeutet. Solidarität im Sinne von Partnerschaft (siehe Artikel von Dr. Astrid Sahn) tut Not. Wer zielgerichtet unterstützen oder sich weiter informieren möchte meldet sich bei uns.

Tschernobyl-Initiative in der Propstei Schöppenstedt. de

Geschäftsführerin: Irene Koch
Vorsitzender: Paul Koch
Hauptstraße 34
38170 Uehrde-Watzum

Telefon: (05332) 62 26; Telefax: (05332) 62 05
E-Mail: Tschernobyl-Initiative.Schoepp@onlinehome.de
Internet: <http://tschernobyl-initiative.welcomes-you.com>

Spendenkonto der Tschernobyl-Initiative:
Volksbank Schöppenstedt 806 962 000 BLZ (270 925 55)
Nord/LB Schöppenstedt 4 014 932 BLZ (250 500 00)
EKK Hannover 601896 BLZ (250 607 01)